

Tagesimpuls in der Fastenzeit - 27.3.2021 - Röm 13,1-7

„Das Verhalten gegenüber der Obrigkeit“ oder „Kanzlerin von Gottes Gnaden?“

Der Bibeltext:

Jeder ordne sich den Trägern der staatlichen Gewalt unter. Denn es gibt keine staatliche Gewalt außer von Gott; die jetzt bestehen, sind von Gott eingesetzt.

2 Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entgegenstellt, wird dem Gericht verfallen.

3 Vor den Trägern der Macht hat sich nicht die gute, sondern die böse Tat zu fürchten; willst du also ohne Furcht vor der staatlichen Gewalt leben, dann tue das Gute, sodass du ihre Anerkennung findest!

4 Denn sie steht im Dienst Gottes für dich zum Guten. Wenn du aber das Böse tust, fürchte dich! Denn nicht ohne Grund trägt sie das Schwert. Sie steht nämlich im Dienst Gottes und vollstreckt das Urteil an dem, der das Böse tut.

5 Deshalb ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen.

6 Das ist auch der Grund, weshalb ihr Steuern zahlt; denn in Gottes Auftrag handeln jene, die Steuern einzuziehen haben.

7 Gebt allen, was ihr ihnen schuldig seid, Steuer, wem ihr Steuer schuldet, Zoll, wem ihr Zoll schuldet, Furcht, wem ihr Furcht schuldet, Ehre, wem ihr Ehre schuldet!

Impuls

Im heutigen Abschnitt steckt Sprengstoff. Die Wahrnehmung unserer Politikerinnen und Politiker bewegt sich im Augenblick irgendwo zwischen Heldenverehrung und Verteufelung. Gerade die Ereignisse in dieser Woche haben Kopfschütteln über politische Schnellschüsse, aber auch Anerkennung für das Eingestehen von Fehlern den Blick auf die Politik geformt. Politiker, das haben wir in den letzten Monaten erfahren müssen, sind im hohen Maße bemüht, das Beste für die Menschen in unserem Land zu tun, aber sie sind auch keine messianischen Heilsbringer, die alles wissen und richtig machen. Leider mussten wir auch erleben, dass Menschen, denen politische Verantwortung übertragen wurde, ihre Macht für eigene Zwecke missbrauchen. Politikverdrossenheit und Zweifel an der Glaubwürdigkeit gehören mehr denn je zum gesellschaftlichen und politischen Stimmungsbild in unserem Land. Da kontert Paulus heute mit Worten, über die mancher Gegner der augenblicklichen Maßnahmen lachen oder sogar erzürnt sein wird: „Es gibt keine Obrigkeit, wenn nicht von Gott, die aber, die es gibt, sind von Gott verfügt.“

Schnell erhebt sich Protest: Was ist mit Diktaturen, populistischen Agitatoren, die sich durch Manipulation an die Macht bringen? Sind sie auch von Gott gewollt?

Es ist wichtig genau hinzusehen.

Paulus schreibt an eine kleine christliche Gemeinde, die sich fremd fühlt in der römischen Hauptstadt, in der Kaiser, Senat und alle Entscheidungsträger Göttern opfern, die jeder Christ ablehnen muss. Noch ist auch die Erinnerung wach an die Ausweisung der jüdischen Christen im Jahr 49 n. Chr. Misstrauen gegen den „christlichen Aberglauben“ lasten wie ein drohender Schatten auf dem Leben der kleinen Gemeinde. Auch wenn es noch keine systematischen Verfolgungen gibt, die Situation ist angespannt. Muss man gegen eine solche Obrigkeit nicht aufstehen, sich verweigern und in den Untergrund gehen? Es werden Zeiten kommen, in denen Christen gezwungen werden, sich zu verstecken. Manche werden sogar zu „frommen“ Betrug greifen, um ihr Leben zu retten. Noch ist das Leben einigermaßen ohne Einschränkungen, aber mancher Christ ahnt, dass das Wachsen der Gemeinde auch dazu führen wird, dass sie stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerät.

Es gibt eine natürliche Distanz der christlichen Gemeinde zur Obrigkeit, aber die darf nicht zur Feindschaft werden. Jede Obrigkeit, so Paulus, ist von Gott dazu eingesetzt, dem Guten für alle Menschen zu dienen und das Schlechte zu bekämpfen.

Es gehört zur christlichen Gewissensbildung, anzuerkennen, dass das der letzte Sinn jeder Machtübertragung ist. Es kann keine Generalopposition geben. Christen sind keine Anarchisten, die nur Gott als Oberhaupt dulden. Das schließt aber natürlich nicht aus, dass Missstände kritisiert werden müssen. Christen leben in der Welt und gestalten sie mit. Sie sind keine Gegner der Menschen, denen die Regierung zu dienen hat. Jede Regierung kann daher von Christen erwarten, dass sie ihren Beitrag zum allgemeinen Wohl leisten, Steuern bezahlen, Respekt vor den Entscheidungsträgern haben und das Gemeinwohl stützen. Das gilt auch heute.

Zweifelsohne müssen Christen protestieren, wenn Unrecht geschieht, gegen die Würde des Menschen verstoßen wird und die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klafft. Wir stehen nicht über dem Staat, wir sind Bürger in einem Staat, die aber ein besonderes Menschenbild einbringen. Jede legitime Regierung kann von uns Loyalität erwarten, aber niemals ein Verschweigen unserer Überzeugungen.

Christen begleiten die Politik und die Gesellschaft wohlwollend-kritisch. Wir stellen den Staat nicht in Frage, achten aber darauf, dass jede Regierung dem dient, wozu sie von Gott bestimmt ist: Dem Wohl der Menschen und der ganzen Schöpfung.

Sven Johannsen, Pfarrer